

Ressort: Politik

SPD-Politiker Pistorius für Flüchtlingslager in Libyen

Hannover, 01.08.2017, 09:47 Uhr

GDN - Knapp zwei Monate vor der Bundestagswahl setzt die SPD verstärkt auf das Thema Flüchtlingspolitik und die Begrenzung der Asylzahlen durch Auffanglager auch in Libyen. Die Flüchtlinge sollten "nicht in Italien sitzen", sondern "möglichst schon außerhalb der EU Ansprechpartner finden, in Anlaufstellen", sagte der niedersächsische Innenminister Boris Pistorius (SPD) der "Süddeutschen Zeitung" (Dienstagsausgabe).

Pistorius deckt im Wahlkampfteam von SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz das Thema Innere Sicherheit ab. Schulz selbst hatte erst vergangene Woche das Thema Migration forciert und vor einer Wiederholung der Flüchtlingskrise von 2015 gewarnt. Die Forderungen von Pistorius zielen nun in die gleiche Richtung. Es sei zum Handeln zu spät, wenn die Flüchtlinge bereits in Italien seien. "Dann setzen wir die Menschen dem Risiko auf dem Mittelmeer aus. Wir füttern die Schlepper", sagte er. In den vergangenen Jahren waren vor allem aus der Union immer wieder Auffanglager in Nordafrika gefordert worden, insbesondere in Libyen, wo dieses Jahr bereits Zehntausende Menschen in Boote gestiegen sind, mit dem Ziel nach Europa zu gelangen. Mehr als 2.000 von ihnen sind laut dem UN-Flüchtlingshilfswerk umgekommen oder werden vermisst. Italien registriert derzeit eine wachsende Zahl von Bootsflüchtlings. Kritiker verweisen darauf, dass in Libyen Bürgerkrieg herrscht, es gebe derzeit keinen funktionierenden Staat, Menschenrechte würden missachtet, zudem sei unklar, wer solche Auffanglager betreiben solle. Pistorius sagte dazu: "Das müssen entweder die Europäer betreiben oder die UN." Mögliche Einwände der Libyer, die damit eine Einschränkung ihrer Souveränität hinnehmen müssten, könne man durch Geld ausräumen. "Die Libyer müssen ein Interesse daran haben, dass ihr Staatswesen auf die Beine kommt", sagte Pistorius. Asylsuchende, die in den Anlaufstellen durch eine Vorprüfung ausgewählt würden, müssten dann nach Europa gebracht und in der EU nach einem Schlüssel verteilt werden. Der Innenminister greift damit eine Forderung auf, die in der SPD sehr umstritten ist. Im Februar dieses Jahres hatte sich bereits SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann dafür ausgesprochen, im Mittelmeer gerettete Flüchtlinge nach Nordafrika zurückzubringen, dort zu versorgen und zu betreuen - und zwar ausdrücklich auch in Libyen. Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) hatte dies sogleich abgelehnt, auch Martin Schulz hatte sich wenig später skeptisch gezeigt und gesagt, er halte die Pläne "nicht für umsetzbar".

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-92760/spd-politiker-pistorius-fuer-fluechtlingslager-in-libyen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile

info@unitedpressassociation.org

info@gna24.com

www.gna24.com